Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 10.03.2015 im Sitzungssaal des Rathauses

Alle Mitglieder sind ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind nachstehende Mitglieder, also mehr als die Hälfte; die Beschlussfähigkeit ist damit hergestellt.

Erster Bürgermeister, Vorsitzender

Norbert Stumpf

Gemeinderatsmitglieder

Christian Dirsch
Gabriele Dirsch
Johannes Eger
Andreas Horner
Dr. Stephan Junger
Hans-Jürgen Leyh
Wolfgang Meyer
Doris Michaelis
Dr. Christian Pfeiffer
Bärbel Rhades
Tassilo Schäfer
Christa Schmucker-Knoll
Wolfgang Seuberth
Christian Sprogar

Sachverständige oder sachkundige Personen

Jessica Braun
Günter Reichert

Schriftführer

Tobias Zentgraf

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder:

Gemeinderatsmitglieder

Johannes Karl
Annemarie Paulus

familiäre Gründe
familiäre Gründe

Tagesordnung:

24. Fragen aus der Zuhörerschaft

25. Betreuung von Kindern und Jugendlichen

25.1 Bestellung der Stellvertretung der Jugendbeauftragten

25.2 Ferienbetreuung in den Sommerferien; Beauftragung der gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi gGmbH)

25.3 Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; Förderung von Krippenplätzen in Kindergärten

25.4 Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; Auszahlung eines "Qualitätsbonus plus"

26. Beschaffung eines First-Responder-Fahrzeugs; Auftragsvergabe

27. Prüfung des Erwerbs des Anwesens Hauptstraße 7; Vorstellung von Nutzungskonzepten

28. Gemeindliche Hochbaumaßnahme Turnhalle

28.1 Sanierung des Turnhallendaches und Nutzungsänderung der Turnhalle; Vergaben einzelner Gewerke

28.1.1. Vergabe Abbruch- und Rohbauarbeiten

28.1.2. Vergabe Zimmer- und Holzbauarbeiten

28.1.3. Vergabe Dachdeckerarbeiten

28.1.4. Vergabe Trockenbauarbeiten

28.1.5. Vergabe Stahlbauarbeiten (Treppe, Rampe)

28.1.6. Vergabe Elektroarbeiten

28.2 Art des Hallenbodenbelages

29. Breitbandausbau Bubenreuth; Interkommunale Zusammenarbeit

29.1 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen

29.2 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Langensendelbach

30. Kenntnismnahmen und Anfragen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um **19:30 Uhr**. Einwendungen zur Ladung, zur Tagesordnung und gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 10.02.2015 werden nicht erhoben.

Lfd. Nr. 24 - Fragen aus der Zuhörerschaft

Herr Nicklas bezieht sich auf den Antrag der FW-Fraktion vom 21.12.2014, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung für die Gemeinde Bubenreuth möglich wäre. Weiter möchte er wissen, was seitens der Verwaltung unternommen wurde, um bei den Ministerien auf eine einheitliche Regelung hinzuwirken.

Frau Betzold möchte auf die Aktion „Flagge zeigen für Tibet“ hinweisen, die jedes Jahr am 10. März stattfindet, und bemängelt, dass am Rathaus keine tibetische Flagge hängt. Der **Vorsitzende** erläutert, dass die derzeitige „Flaggenordnung“ ein Hissen der tibetischen Flagge nicht vorsieht. Wenn Gemeinderatsmitglieder dies wünschten, hätten sie die Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Frau Betzold übergibt dem Vorsitzenden eine tibetische Flagge, so dass damit in den nächsten Jahren beflaggt werden könnte.

Frau Blahut fragt an, ob jedes Jahr ein neuer Antrag auf Bezuschussung unter Dreijähriger in Kindergärten gestellt werden muss, oder ob es möglich wäre, einen Grundsatzbeschluss zu fassen. **Der Vorsitzende** erklärt, dass zurzeit noch jedes Jahr ein Antrag gestellt werden muss. Ob in den nächsten Jahren ein Grundsatzbeschluss gefasst wird, bleibt noch abzuwarten.

Lfd. Nr. 25 - Betreuung von Kindern und Jugendlichen

Lfd. Nr. 25.1 - Bestellung der Stellvertretung der Jugendbeauftragten

(Zu dem Tagesordnungspunkt ist Frau Jessica Braun als sachkundige Person geladen und erschienen.)

Der Generationen-, Sport- und Kulturausschuss hat empfohlen, zur Entlastung der Jugendbeauftragten, Frau Schmucker-Knoll, eine Stellvertretung zu bestimmen. Es wurde Frau Jessica Braun zur Übernahme der Stellvertretung vorgeschlagen, die sich auch schon bereitklärt hat, diese Aufgabe zu übernehmen.

Frau Braun stellt sich als Person und ihre Erfahrungen in der Jugendarbeit kurz vor.

Beschluss:

Frau Jessica Braun wird zur stellvertretenden Jugendbeauftragten bestellt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 25.2 - Ferienbetreuung in den Sommerferien; Beauftragung der gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi gGmbH)

Die Ferienbetreuung wurde bisher in Eigenregie der Gemeinde durchgeführt. In den letzten Sommerferien wurden erstmalig über einen Zeitraum von sechs Wochen (vorher drei bzw. vier Wochen) wöchentlich ca. 36 Kinder betreut.

Der damit verbundene enorme organisatorische Aufwand wurde bisher von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der ehrenamtlich tätigen Jugendbeauftragten bewältigt. Dabei gestaltete sich insbesondere die Gewinnung des Betreuungspersonals und – ohne eine pädagogische Fachkraft in der Verwaltung – auch dessen Anleitung als schwierig.

Um sowohl eine Entlastung der Jugendbeauftragten und der Verwaltung als auch eine höhere Professionalisierung zu bewirken, wird vorgeschlagen, die Ferienbetreuung vorläufig – bis zur Inbetriebnahme eines Hortes in Bubenreuth – einem externen Dienstleister zu übertragen.

Dazu wurden intensive Gespräche mit verschiedenen einschlägig tätigen Organisationen wie z. B. der Arbeiterwohlfahrt, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der gemeinnützigen „gfi gGmbH“ geführt und Angebote eingeholt; überzeugen konnte letztlich mit einem günstigen Preis-/Leistungsverhältnis das von der letztgenannten gfi gGmbH vorgelegte Konzept, das die Einbeziehung auch örtlicher Betreuungskräfte vorsieht.

Die Verwaltung erläutert, dass der Elternbeitrag inklusive Essen 37,50 EUR nicht übersteigen darf, da es sonst keinen Zuschuss des Landkreises gibt.

Nach kurzer Aussprache beschließt der Gemeinderat wie folgt:

Beschluss:

Die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gemeinnützige GmbH wird für Sommer 2015 die Sommerferienbetreuung mit dem gesamten Verwaltungs- und Finanzaufwand professionell übernehmen. Die örtlichen Einrichtungen und Betreuungskräfte werden mit einbezogen.

Anwesend: 15 / mit 13 gegen 2 Stimmen

Lfd. Nr. 25.3 - Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; Förderung von Krippenplätzen in Kindergärten

Mit Beschlüssen des Gemeinderates Bubenreuth vom 24.07.2007 bzw. 04.09.2007 sowie den Beschlüssen über die Verlängerung um ein weiteres Jahr vom 16.09.2008, 07.07.2009, 18.05.2010 und 28.06.2011 wurde den beiden örtlichen Kindergärten eine Förderung von Kindern unter drei Jahren mit Gewichtungsfaktor 2,0 für das gesamte Kindergartenjahr genehmigt, und zwar auch dann mit diesem Gewichtungsfaktor und für das vollständige Kindergartenjahr, wenn das jeweilige Kind im Laufe des Kindergartenjahres (Betreuungsjahres) das dritte Lebensjahr vollendet.

Mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 18.03.2014 und 08.04.2014 hat der Gemeinderat seine bisher geübte Praxis dahingehend eingeschränkt, als er noch nicht dreijährige Kinder über das ganze Betreuungsjahr als Krippenkinder in den örtlichen Kindergärten nur noch dann fördert, wenn sie erst nach dem 30.11. des Betreuungsjahres geboren sind.

Der Musikkindergarten hat mit Datum vom 14.12.2014 die Förderung über das gesamte Kindergartenjahr 2015/2016 für ein Kind beantragt, das am 14.12.2012 geboren ist.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist durch diese Förderung eine Auslastung der beiden Kinderkrippen in Bubenreuth nicht gefährdet.

Beschluss:

Die Gemeinde Bubenreuth fördert das zur Aufnahme im Musikkindergarten vorgesehene, am 14.12.2012 geborene Kind mit dem erhöhten Gewichtungsfaktor 2,0 über das gesamte Kindergartenjahr 2015/2016.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 25.4 - Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; Auszahlung eines "Qualitätsbonus plus"
--

Der Ministerrat hat am 15. Juli 2014 beschlossen, die zunächst beabsichtigte gesetzliche Leistung einer Erhöhung des Zuschusses zu den Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen vorerst zurückzustellen und die vorgesehenen Mittel stattdessen für Qualitätsverbesserungen einzusetzen.

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der kindbezogenen Förderung durch einen optionalen Aufschlag auf den Basiswert („Qualitätsbonus plus“) in Höhe von 53,69 EUR bei einer Buchungszeit von 3 bis 4 Stunden.

Kriterien zur Bewertung der Erhöhung der Qualität werden durch das Ministerium nicht festgelegt.

Voraussetzung für die Bewilligung des staatlichen Qualitätsbonus plus ist, dass die Gemeinde

- auch ihren (kommunalen) Förderanteil aufstockt und gleichfalls in der Höhe des staatlichen Qualitätsbonus plus gewährt und
- erklärt, dass die zusätzlichen Mittel zur Qualitätsverbesserung eingesetzt werden.

Für alle Einrichtungen mit Bubenreuther Kindern fallen für die Gemeinde Bubenreuth pro Jahr ca. 30.000 EUR Mehrkosten an. Die Einrichtungen erhalten dadurch ca. 60.000 EUR Mehreinnahmen.

Beschluss:

Zusätzlich zu den Pflichtleistungen nach Art 22 Satz 2 BayKiBiG gewährt die Gemeinde Bubenreuth allen Einrichtungen mit Bubenreuther Kindern als freiwillige Leistung einen kommunalen Förderanteil in Höhe des staatlichen Qualitätsbonus plus, das ist eine Erhöhung des Basiswertes um 53,69 EUR, und erklärt, dass die zusätzlichen Mittel zur Qualitätsverbesserung eingesetzt werden.

Auf den Erhöhungsbetrag werden solche freiwillige Zuschüsse angerechnet, die die Gemeinde örtlichen Kindertagesstätten auf Grund etwaiger Kooperationsvereinbarungen gewährt. Weitere freiwillige Zuschüsse für Spielgeräte, Einrichtungsgegenstände und Instandhaltungsmaßnahmen leistet die Gemeinde nicht (mehr).

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 26 - Beschaffung eines First-Responder-Fahrzeugs; Auftragsvergabe

Unter TOP 82 der Sitzung am 09.12.2014 hat der Gemeinderat beschlossen, zur Ersatzbeschaffung des First-Responder-Fahrzeugs Mittel in Höhe von 10.000 EUR aus dem Feuerwehr-Drehleiterkartell sowie weitere 6.000 EUR aus dem Haushaltsplan 2015 bereitzustellen. Der Restbetrag wird vom Verein Freiwillige Feuerwehr Bubenreuth e.V. übernommen.

Nach einer Markterkundung ist die Feuerwehrführung mit der Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass lediglich der Hersteller Ford mit dem Model Kuga für das First-Responder-Fahrzeug in dem vorgegebenen Budget in Frage kommt. Daher wurde auf die Einholung von Angeboten anderer Hersteller verzichtet.

Für eine Freihändige Vergabe wurden drei Lieferfirmen um die Abgabe eines Angebotes gebeten. Die Angebote sind inhaltlich identisch – ein unmittelbarer Vergleich ist deshalb möglich. Alle drei Angebote sind Gesamtangebote. Es sind sowohl die Beschaffung des Fahrzeugs als auch die Feuerwehrtechnische Ausrüstung enthalten.

Angebot 1	Angebot 2	Angebot 3
Erlanger Autohaus	Forcheimer Autohaus	Forchheimer Feuerwehrfahrzeugbauer
33.617,50 €	33.819,80 €	33.296,20 €

Beschluss:

Die Gemeinde Bubenreuth erteilt Auftrag auf das Angebot 3 zur Lieferung eines First-Responder-Fahrzeugs mit einer Liefersumme von 33.296,20 EUR. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, der Firma compoint, Forchheim, den Lieferauftrag zu erteilen.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

**Lfd. Nr. 27 - Prüfung des Erwerbs des Anwesens Hauptstraße 7;
Vorstellung von Nutzungskonzepten**

(Zu dem Tagesordnungspunkt ist Herr Architekt Günter Reichert von dem gleichnamigen Architekturbüro in Fürth als Sachverständiger geladen und erschienen.)

Der Sachverständige stellt seine ersten Planungen bzw. Bebauungskonzeptionen für das Grundstück Hauptstraße 7 vor. Er erläutert, dass noch nicht abschließend geklärt werden konnte, welche Denkmalschutzaufgaben zu berücksichtigen sind.

Die vorgelegten Planungen gehen von einer Wohnnutzung der Scheune in ca. acht kleinen Lofteinheiten aus. Das denkmalgeschützte bisherige Wohnhaus könnte einer gemeindlichen Nutzung als Begegnungsstätte oder Bücherei bzw. Museum zugeführt werden.

Der Gemeinderat nimmt die Planungen zur Kenntnis und bittet Herrn Reichert, auch noch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung für Fragen bereitzustehen.

Lfd. Nr. 28 - Gemeindliche Hochbaumaßnahme Turnhalle**Lfd. Nr. 28.1 - Sanierung des Turnhallendaches und Nutzungsänderung der Turnhalle;
Vergaben einzelner Gewerke**

Im Rahmen der Sanierung des Daches der Turnhalle bzw. der Nutzungsänderung der Turnhalle in eine Mehrzweckhalle sind auf verschiedene Gewerke die Aufträge zu erteilen.

Bei allen Gewerken wurden mindestens 5 als zuverlässig und leistungsfähig bekannte Firmen im Rahmen einer Beschränkten Ausschreibung um die Abgabe eines Angebotes gebeten. Hierbei wurde aus wettbewerbsrechtlichen und -technischen Gründen auf eine breite Streuung (lokal, regional und überregional) geachtet. Soweit die VOB/A für Bayern dies zulässt, wurde statt der Beschränkten Ausschreibung die Freihändige Vergabe durchgeführt (nur möglich bei einem Auftragswert bis 30.000 EUR netto).

Der Rücklauf an Angeboten war gering, teilweise lag für einzelne Gewerke nur ein Angebot vor, bei einigen Gewerken wurde gar kein Angebot abgegeben. Für diese letztgenannten Gewerke wurde zwischenzeitlich ein neues Ausschreibungsverfahren durchgeführt, wobei nur noch Firmen angeschrieben wurden, die nach telefonischer Auskunft auch bereit waren, ein Angebot abzugeben. Die Vergabe hierzu erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Die vorhandenen Angebote wurden durch das Ingenieurbüro für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, und die tga engineering GmbH Erlangen (für die Haustechnik) rechnerisch, technisch und wirtschaftlich geprüft und bewertet und durch die Verwaltung in einer Ergebnisliste zusammengefasst (siehe Anlage). Es wird empfohlen, den dort unterbreiteten Vergabevorschlägen zu folgen und damit auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot Zuschlag zu erteilen.

Lfd. Nr. 28.1.1 - Vergabe Abbruch- und Rohbauarbeiten**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags des Ingenieurbüros für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 17.02.2015 des Bieters Thomas Merkel & Sohn GmbH, Möhrendorfer Weg 1 in 91056 Erlangen, Auftrag für Abbruch- und Rohbauarbeiten zum Angebotspreis von 51.617,62 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.1.2 - Vergabe Zimmer- und Holzbauarbeiten**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags des Ingenieurbüros für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 18.02.2015 des Bieters Preißinger Werner, Raiffeisenstraße 14 in 91077 Neunkirchen am Brand, Auftrag für Zimmer- und Holzbauarbeiten zum Angebotspreis von 109.144,03 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.1.3 - Vergabe Dachdeckerarbeiten**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags des Ingenieurbüros für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 18.02.2015 des Bieters Preißinger Werner, Raiffeisenstraße 14 in 91077 Neunkirchen am Brand, Auftrag für Dachdeckerarbeiten zum Angebotspreis von 51.355,38 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.1.4 - Vergabe Trockenbauarbeiten**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags des Ingenieurbüros für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 18.02.2015 des Bieters Oelmann Trockenbau, Sylvaniastraße 20 in 91056 Erlangen, Auftrag für Trockenbauarbeiten zum Angebotspreis von 55.140,27 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.1.5 - Vergabe Stahlbauarbeiten (Treppe, Rampe)**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags des Ingenieurbüros für Bauwesen Markus Gräßel, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 18.02.2015 des Bieters Herbert Merkel Holz- und Metallbau, Frickenhöchstadt 8 in 91487 Vestenbergsgreuth, Auftrag für Stahlbauarbeiten zum Angebotspreis von 67.291,53 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.1.6 - Vergabe Elektroarbeiten**Beschluss:**

Auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses und des Vergabevorschlags der tga engineering GmbH, Erlangen, wird auf das wirtschaftlichste Angebot, das ist das Angebot vom 25.02.2015 des Bieters SAT Elektrotechnik GmbH, Isarstraße 36 in 90451 Nürnberg, Auftrag für Elektroarbeiten zum Angebotspreis von 96.719,59 EUR brutto erteilt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 28.2 - Art des Hallenbodenbelages

In der Sitzung des Gemeinderates am 11.11.2014 wurde grundsätzlich beschlossen, einen neuen Doppelschwingboden mit entsprechendem Belag in die Turnhalle einzubauen. Die Art des Belages wurde noch nicht festgelegt. Basierend auf der vorläufigen Kostenannahme des Büros Gräßel

- Ausbau und Entsorgung Bestandsboden, 400 m², ca. 15.000 EUR
- Erneuerung Elastik-Doppelschwingboden, 400 m², ca. 46.000 EUR
- Bodengleiche Deckel einbauen, ca. 35 Stück, ca. 3.500 EUR
- Sonstiges, ca. 3.000 EUR
- Gesamtsumme, brutto, ca. 67.500 EUR
- Planungskosten in Höhe von ca. 11.500 EUR

mit den Alternativen

- Linoleumbelag, ca. 65.100 EUR
- PVC-Belag, ca. 63.700 EUR
- Eiche-Massiv-Parkett (22 mm), ca. 76.580 EUR

hat der Bauausschuss zusammen mit dem Planer und der Verwaltung verschiedene Sporthallenböden zur Entscheidungsfindung vor Ort in Augenschein genommen.

In der Heinrich-Kirchner-Schule in Erlangen-Büchenbach ist ein Linoleumboden seit 2002 verlegt und in ständigem Einsatz. Die Halle dient dort schulischen Zwecken und einem Sportverein, allerdings kommen nichtsportliche Veranstaltungen so gut wie nicht vor. Der Boden wird auch bei nichtsportlichen Veranstaltungen nicht abgedeckt und trotzdem ist der Pflegeaufwand relativ gering. Der Boden macht einen guten Eindruck.

In der Hermann-Hedenus-Schule in Alterlangen ist ein Eiche-Parkettboden seit 1962 verlegt (wurde bereits zweimal abgeschliffen) und ebenfalls in ständigem Einsatz. Die Halle dient dem Schulsport und häufig stattfindenden außersportlichen Veranstaltungen. Auch hier wird der Boden bei außersportlichen Veranstaltungen äußerst selten abgedeckt, Material (einfacher PVC-Bodenbelag in Rollenform) ist jedoch vorhanden und wird in den Geräteräumen vorgehalten. Nach Auskunft des Hausmeisters ist der Pflegeaufwand relativ gering, allerdings wird einmal im Jahr eine Intensivpflege durchgeführt. Das Alter und die intensive Nutzung ist dem Boden allerdings deutlich anzusehen, bezogen auf die extrem lange Nutzungsdauer von 53 Jahren sind aber keine gravierenden Mängel erkennbar.

Wie sich in den Gesprächen mit den Bauausschussmitgliedern zeigte, konnte keine mehrheitliche Entscheidung gefunden werden, es gibt sowohl für den einen Belag als auch für den anderen positive und negative Argumente. Alles Für und Wider zusammengenommen würde die Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Eiche-Massiv-Parkett tendieren und damit auch die Meinung des Planers Gräßel aufnehmen.

In der vorausgegangenen Bauausschusssitzung haben sich die Mitglieder des Bauausschusses für den Eiche-Massiv-Parkett (22mm) ausgesprochen.

Beschluss:

Auf Grund der Erkenntnisse des Bauausschusses anlässlich der Ortseinsichten am 26.02.2015 und basierend auf der Kostenannahme des Büros Gräßel vom 11.11.2014 ist als Bodenbelag für die Turnhalle/Mehrzweckhalle ein Eiche-Massiv-Parkett (22 mm) vorzusehen. Die bereits in der Gemeinderatssitzung am 11.11.2014 getroffene Entscheidung, einen Doppelschwingboden einzubauen sowie die Festlegung, keine zusätzliche Bodenabdeckung vorzusehen, bleiben unberührt.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 29 - Breitbandausbau Bubenreuth; Interkommunale Zusammenarbeit

Die Gemeinde Bubenreuth beteiligt sich mit Unterstützung der Breitbandberatung Bayern GmbH am neuen Förderprogramm des Freistaates Bayern. Ziel des Förderprogrammes ist es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Seit dem 09.02.2015 werden die Förderschritte „Ist-Versorgung“ und „Markterkundung“ durchgeführt.

Hier wird eine vorläufige Ist-Versorgungsplanung bekanntgegeben. Gleichzeitig werden die Netzbetreiber aufgefordert, sich zu Unvollständigkeits- oder Fehlern in der Darstellung der

Ist-Versorgung in dem vorläufig definierten Erschließungsgebiet zu äußern und kartographisch darzustellen, welche Bandbreiten im Upload und Download für alle Anschlussnehmer in dem bezeichneten Gebiet schon jetzt angeboten werden.

Der Fördersatz der neuen Breitbandrichtlinie beträgt 80 % bei einem Förderhöchstbetrag von 500.000 EUR. Nach Nr. 6.6 Satz 1 der Breitbandrichtlinie erhöht sich bei interkommunaler Zusammenarbeit der Förderhöchstbetrag um 50.000 EUR für jede der beteiligten Gemeinden.

Eine interkommunale Zusammenarbeit ist gegeben, wenn:

- Mindestens zwei unmittelbar benachbarte Kommunen ihre Planungen für den Breitbandausbau aufeinander abstimmen.
- Eine schriftliche Vereinbarung der beteiligten Kommunen zur Zusammenarbeit vorliegt.
- Die beteiligten Kommunen ein oder mehrere Erschließungsgebiete gemeinsam, parallel oder in einem engen zeitlichen Zusammenhang ausschreiben.
- Jede der an der interkommunalen Zusammenarbeit beteiligten Kommunen in ihrer Bekanntmachung zum Auswahlverfahren auf die Zusammenarbeit mit der jeweils anderen Kommune hinweist.

Es wurden bereits Gespräche mit der Stadt Erlangen und mit der Gemeinde Langensendelbach geführt, die sich ebenfalls gerade im Markterkundungsverfahren befinden. Beide Kommunen wären an einer interkommunalen Zusammenarbeit interessiert. Die Gemeinde Langensendelbach hat bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Zusammenarbeit erstreckt sich nur auf die gegenseitige Abstimmung der Versorgungsgebiete, der Planungen, des Förderverfahrens und der Ausschreibung der Ausbauleistungen. Dahingegen trägt jede beteiligte Gemeinde die ihr für ihr Versorgungsgebiet jeweils entstehenden Kosten selbst.

Die interkommunale Zusammenarbeit, z.B. in Form einer „Einfachen Arbeitsgemeinschaft“ nach Art. 4 KommZG, ist mit den weiteren beteiligten Städten und Gemeinden jeweils schriftlich zu vereinbaren.

Lfd. Nr. 29.1 - Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen

Auf die Sachverhaltsdarstellung unter dem vorstehenden TOP 29 wird verwiesen.

Beschluss:

Die Gemeinde Bubenreuth arbeitet mit der Stadt Erlangen im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms (Breitbandrichtlinie, in Kraft getreten am 09.07.2014) interkommunal zusammen, stimmt die hierzu nötigen Planungen mit ihr ab und führt das Auswahlverfahren in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Stadt Erlangen unter Hinweis auf das dortige Erschließungsgebiet durch.

Die Gemeinde Bubenreuth schließt über die Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen eine schriftliche Vereinbarung ab. Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Breitbandpaten die dafür nötigen Verhandlungen zu führen und die dafür erforderliche Vereinbarung abzuschließen.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 29.2 - Interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Langensendelbach

Auf die Sachverhaltsdarstellung unter dem vorstehenden TOP 29 wird verwiesen.

Beschluss:

Die Gemeinde Bubenreuth arbeitet mit der Gemeinde Langensendelbach im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms (Breitbandrichtlinie, in Kraft getreten am 09.07.2014) interkommunal zusammen, stimmt die hierzu nötigen Planungen mit ihr ab und führt das Auswahlverfahren in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Gemeinde Langensendelbach unter Hinweis auf das dortige Erschließungsgebiet durch.

Die Gemeinde Bubenreuth schließt über die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Langensendelbach eine schriftliche Vereinbarung ab. Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Breitbandpaten die dafür nötigen Verhandlungen zu führen und die dafür erforderliche Vereinbarung abzuschließen.

Anwesend: 15 / mit 15 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 30 - Kenntnisnahmen und Anfragen

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Die Gemeinde Bubenreuth ist nun auch Mitglied im **Verein Energiewende ER(H)langen**.
- Der Vorsitzende bittet die Fraktionen um ein Stimmungsbild zur Errichtung eines **Lärmschutzwalls entlang der Bahnstrecke im Bereich Posteläcker**. Es besteht nun die Möglichkeit, den Abraum des Burgbergtunnels zur Errichtung des Walls zu erhalten. Die **Fraktionen** sind sich einig, dass der Lärmschutzwall wie er aus heutiger Sicht notwendig ist, gebaut werden soll, soweit keine weiteren Kosten für seinen Bau entstehen.

Äußerungen aus dem Gemeinderat:

- **GRM Seuberth** erkundigt sich ob nun wie im Energie- und Umweltausschuss besprochen wurde E-Bikes durch die Gemeinde Bubenreuth angeschafft werden. Der **Vor-**

sitzende erklärt, dass er bereits mit einem örtlichen Fahrradhändler in Kontakt getreten ist. Dieser kann allerdings nur den Verkauf, nicht aber ein Leasing von E-Bikes anbieten. **Der Vorsitzende** wird dieses Thema noch mit Fahrradhändlern in den Nachbargemeinden ansprechen.

- **GRM Seuberth** berichtet weiter, dass seiner Kenntnis nach nicht alle Eigentümer der für eine Photovoltaik-Nutzung vorgesehenen Grundstücke entlang der Bahnstrecke ihr Einverständnis zur Errichtung der Solaranlage gegeben haben. **Der Vorsitzende** teilt mit, dass ihn der Geschäftsführer der Solarfirma bei einem persönlichen Gespräch am 11.03.2015 über den Stand der Planungen informieren werde.
- **GRM Meyer** äußert seine Verwunderung darüber, dass die Entlesbach-Verrohrung am Bahnhof mit mehreren Neunzig-Grad-Kurven gebaut wird. **Die Verwaltung** erklärt, dass es sich hierbei um Provisorien handelt. Ein Rückstau sollte dadurch nicht entstehen können, da in diesem Bereich nur eine gedrosselte Wassermenge durchläuft.
- **GRM Rhades** fragt, ob es neue Erkenntnisse in Bezug auf die Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnungen gibt. **Der Vorsitzende** gibt bekannt, dass der Eigentümer des Höfner-Gebäudes aktuell mit dem Landratsamt in Kontakt steht.
- **GRM G. Dirsch** bittet darum, dass die vom Gemeinderat vorgesehene Begehung des Bauhofs noch im März stattfinden solle. Dies sichert der **Vorsitzende** zu.
- **GRM G. Dirsch** erkundigt sich, ob der Basketballplatz wieder einer Nutzung zugeführt werden könne. **Der Vorsitzende** erklärt, dass aus Sicherheitsgründen die maroden Basketballkörbe einschließlich Halterungen abgebaut werden mussten. Wegen des Zustands des Bodens sei eine Nutzung als Basketballplatzes aus haftungsrechtlichen Gründen derzeit nicht möglich. Eine Sanierung koste zwischen 50.000 EUR und 70.000 EUR und müsse erst einmal bis 2018 verschoben werden. **GRM Sprogar** regt an, einen Spendenaufruf zur Sanierung des Basketballplatzes im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen – der **Vorsitzende** gibt diese Anregung an die Fraktionen weiter.
- **GRM Pfeiffer** bezieht sich darauf, dass im Jahr 2018 die Buslinien im Landkreis neu vergeben werden. Er erkundigt sich, ob der Bedarf für Bubenreuth vom Landkreis bereits abgefragt wurde und ob eine Bedarfsabfrage bei den Bürgern durchgeführt wird. **Der Vorsitzende** erläutert, dass er im engen Kontakt mit Möhrendorf stehe, um eventuell gemeinsame bzw. aufeinander abgestimmte Buslinien zu beantragen; eine Beteiligung der Bürger sei vorgesehen.

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Ende: 21:25 Uhr

Norbert Stumpf
Vorsitzender

Tobias Zentgraf
Schriftführer